

Griechenland – Chancen für die Zukunft

AG Euro – Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – 05. Mai 2015

Die Lage in Griechenland steht auf Messers Schneide. Die Verhandlungen zwischen der Euro-Gruppe und der griechischen Regierung verlaufen schleppend und die Zeit, um einen tragfähigen Kompromiss zu finden, wird immer knapper. Derweil spitzt sich die Lage in Griechenland weiter zu: Am 12. Mai 2015 muss die griechische Regierung weitere Verbindlichkeiten i.H.v. 0,8 Mrd. Euro gegenüber dem IWF bedienen. Wie der Tilgungsbetrag aufgebracht werden soll, ist bisher jedoch fraglich. Auch der am 24. April 2015 vom griechischen Parlament beschlossene Erlass, wonach alle staatlichen Institutionen und öffentlichen Betriebe verpflichtet sind, ihre Geldeinlagen an die griechische Notenbank zu überweisen, ist von einer nachhaltigen Finanzierungslösung weit entfernt. Die Euro-Gruppe muss sich bewusst sein, welcher hoher Preis auf dem Spiel steht, sollte eine Einigung tatsächlich nicht gelingen. Und die griechische Regierung muss jetzt die Chance für einen Neuanfang nutzen – politisch, wirtschaftlich, sozial.

Für uns Grüne war, ist und bleibt klar: Griechenlands Zukunft ist im Euro. Nicht nur politisch muss dem Zusammenhalt der Eurozone höchste Bedeutung zugemessen werden. Auch die andauernden Zweifel, welche Währung, welche Regierung und welche Wirtschaftspolitik Griechenland demnächst haben wird, sind Gift für jegliche wirtschaftliche Erholung.

Für uns ist auch klar, dass das Ziel der Politik Griechenlands, seiner europäischen Partner sowie der Institutionen sein muss, dass Griechenland wieder auf eigenen Beinen steht. Dabei hegen wir keinerlei Illusionen: Der Weg dorthin ist kein leichter. Umso mehr gilt, dass er nicht unnötig erschwert werden darf.

Griechenland hat in den vergangenen Jahren Fortschritte bei Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen gemacht. Das muss anerkannt werden. Es geht jetzt darum, die Maßnahmen der wirtschaftlichen und sozialen Situation vor Ort anzupassen. Ein Rückzug der europäischen Partner wäre unverantwortlich und würde die Solidarität und das gemeinsame Bekenntnis zu Europa aufkündigen. Stattdessen muss sichergestellt werden, dass die notwendigen Reformbestrebungen nicht daran scheitern, dass über ihnen das Damoklesschwert der Zahlungsunfähigkeit schwebt.

Primärüberschuss in Griechenlands Zukunft investieren

Die einseitige Fokussierung auf die Erwirtschaftung eines hohen Primärüberschusses im griechischen Staatshaushalt war angesichts des Investitionsstaus und der sozialen Situation verfehlt, führte zu einem weiteren Einbruch der Wirtschaftsleistung und erhöhte damit die Schuldenquote. Diese Fehlentwicklung ist von den Institutionen zu Beginn der Hilfsprogramme nicht angemessen berücksichtigt worden und wurde bisher nicht ausreichend korrigiert. Zwar hat sich die griechische Regierung jetzt in Absprache mit der Eurogruppe auf einen niedrigeren Primärüberschuss verpflichtet, der realistischer ist als die bisherige Verpflichtung eines Primärüberschusses von 4,5 Prozent. Diese Absenkung ist ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus. Für 2015 wird ein Primärüberschuss immer unwahrscheinlicher.

Jetzt gilt es, die Teilerfolge der Haushaltskonsolidierung zu nutzen und in nachhaltige Fortschritte umzumünzen, die am Ende auch den Kreditgebern zu Gute kommen.

Deshalb fordern wir, dass die Reformdividende bis 2020 nicht für den Schuldendienst verwendet wird. Vielmehr muss das, was die griechischen Bürgerinnen und Bürger durch Einsparungen und höhere Steuern erwirtschaften, zuerst für die effektive und nachhaltige Reform der Verwaltung, zur Stabilisierung der Wirtschaft und für die Schaffung stabiler Rahmenbedingungen für Investitionen in Griechenland verwendet werden. Das gilt umso mehr als die Gläubiger Griechenlands in den Jahren 2015 und danach im Wesentlichen der IWF und die EZB sind. Denn während für die Kredite der EFSF bis 2022 kein Schuldendienst geleistet werden muss, hat Griechenland gegenüber dem IWF, der EZB und den verbliebenen privaten Gläubigern regelmäßig Zahlungspflichten zu erfüllen.

Damit für eine begrenzte Zeit Griechenlands Reformdividende für die Reformen im Land verwendet werden kann und gleichzeitig die Haushaltskriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts eingehalten werden können, braucht es eine Lösung für die Zahlungsverpflichtungen Griechenlands gegenüber dem IWF und der EZB, zumindest so lange, bis die Reformen in Griechenland eine ausreichend große Dividende abwerfen, damit das Land seine Verbindlichkeiten wieder sukzessive selbst übernehmen kann. Wir schlagen deshalb vor, die Zahlungsverpflichtungen Griechenlands gegenüber dem IWF und der EZB bis zum Jahr 2020 umzustrukturieren, wenn im Gegenzug ein ambitioniertes Reformprogramm umgesetzt wird, das auf langfristige Nachhaltigkeit statt auf kurzfristige Haushaltssanierung ausgelegt ist.

Ein drittes Kreditpaket ist für die Stabilisierung Griechenlands notwendig

Die Umstrukturierung von Griechenlands Zahlungsverpflichtungen bis 2020 darf den Schulden Griechenlands keine neuen hinzufügen, um den Schuldenberg nicht weiter anwachsen zu lassen. Deshalb schlagen wir vor, dass der europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) im Rahmen eines 3. Kreditprogramms die Zahlungsverbindlichkeiten Griechenlands bis 2020 übernimmt. Dadurch treten für Griechenland Verpflichtungen gegenüber dem ESM an die Stelle seiner Schulden gegenüber IWF und EZB. Dadurch wird Griechenland von jetzt fälligen Rück- und Zinszahlungen zeitweilig entlastet und der Nominalbetrag der Schulden Griechenlands wächst nicht weiter an.

Zahlungsverpflichtungen Griechenlands an den ESM würden erst nach 2020 anfallen. Für Deutschland und die anderen im ESM vertretenen EU-Mitgliedsstaaten bedeutet das die Übernahme von Garantien, die aber durch den ESM bereits gedeckt sind. Insgesamt erhielt Griechenland dadurch die erforderliche Luft zum Atmen und zur Umsetzung der Reformen.

Für Griechenland wäre das ein Signal zum Aufbruch. Die Anstrengungen der vergangenen fünf Jahre wären nicht umsonst gewesen. Der zeitweise Verbleib der Reformdividende im Land statt ihrer Verwendung für den Schuldendienst wäre nicht nur ökonomisch vernünftig, sondern auch eine Geste der Anerkennung gegenüber den Entbehrungen vieler Griechinnen und Griechen.

Ankündigungen konsequent umsetzen und langfristige Perspektive einnehmen

Die Übernahme der Zahlungsverpflichtungen Griechenlands bis 2020 erfordert als Gegenleistung mehr als Ankündigungen. Erforderlich ist die konsequente Umsetzung eines ambitionierten Reformprogramms.

In Abgrenzung zur Position der Institutionen IWF, EZB und EU-Kommission und der Haltung der Bundesregierung glauben wir, dass es einer langfristigen Ausrichtung des Programms und neuer Wege der Haushaltskonsolidierung bedarf, die die Situation Bedürftiger nicht verschlimmert. Nur so kann Griechenland es schaffen, wieder auf eigenen Beinen zu stehen.

Weitere Haushaltskürzungen sollte es vor allem dort geben, wo es gilt, klientelistische Strukturen aufzubrechen.

Das Wahlergebnis vom Januar 2015 hat gezeigt: die Mehrheit der Griechen hat das alte Klientelsystem und die Günstlingswirtschaft satt. Die Griechinnen und Griechen haben bitter bezahlt für die Fehler ihrer Regierungen in den letzten Jahrzehnten. Viele Probleme sind hausgemacht: eine ineffiziente öffentliche Verwaltung, Korruption und Oligarchentum, eine Kultur der Steuerhinterziehung, mangelnde Rechtsstaatlichkeit und ein schwacher Steuervollzug sind die augenfälligsten Beispiele. Investitionen scheitern am unzureichenden Staats- und Justizwesen, mangelndem Zugang zu Finanzierung und äußerst bürokratischen Verfahren im Land. Diese Defizite wurden bisher unzureichend angepackt, stattdessen gab es schmerzhaftes Einschnitte im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich und starke Belastungen vor allem für die Mittelschicht und einkommensschwache Haushalte.

Fehler in der nationalen Krisenpolitik und der Politik der Troika und der Eurogruppe haben die hausgemachten Probleme weiter verschärft und die Probleme des Landes nicht gelöst. Griechenland darf kein doppelter Verlierer der Krise werden. Die Kaputtsparpolitik ist gescheitert.

Der Einstieg in eine effektive, nachhaltige und von der Regierung vollumfänglich getragene Reform der Steuer- und allgemeinen Staatsverwaltung sollte das ausschlaggebende Kriterium für die Auszahlung der im laufenden Programm verfügbaren Restmittel sein. Hierfür und für die daran anschließende schrittweise Übernahme der Verbindlichkeiten gegenüber IWF und EZB bis 2020 (je nach Fälligkeit) sollte sich die griechische Regierung an verbindliche Umsetzungs-Benchmarks halten, die einen transparenten und realistischen Fahrplan über die bisherigen Ankündigungen hinaus ergeben.

Deutschland und die europäischen Partner müssen die kurzfristige durch eine langfristige Perspektive ersetzen. Erforderlich ist eine tragfähige Politik, deren heutiger Einsatz um ein Vielfaches aufgewogen wird durch den langfristigen Gewinn an Wohlstand und politischer Stabilität in Griechenland und in Europa.

Griechenland wird mittel- bis langfristig weiter Unterstützung durch die europäischen Partner benötigen. Die Bewältigung der Schuldenproblematik Griechenlands wird 10-20 Jahre benötigen. Umso wichtiger ist es, nachhaltige Strategien und Lösungen zu erarbeiten, die sich stabilisierend auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auswirken.

Geht die neue griechische Regierung ihren angekündigten Reformkurs entschlossen an, sollte die Eurozone diesen Weg mit weiteren Erleichterungen bei Zinsen und Kreditlaufzeiten unterstützen. Zudem dürfen von der EFSF und den bilateralen Gläubigern konditionierte Erleichterungen beim Schuldendienst nicht von vornherein ausgeschlossen werden, denn sie können notwendig sein, um die wirtschaftliche Erholung und den Erfolg der Reformanstrengungen zu sichern. Die Idee von Staatsanleihen, bei denen der Zinsdienst abhängig von der realen Wirtschaftsleistung ist, geht dabei in die richtige Richtung. Damit kann erreicht werden, dass in Zeiten unvorhergesehener Schocks mehr Flexibilität im Staatshaushalt erhalten bleibt und bei überraschend positiver Entwicklung der Zinsdienst höher als veranschlagt ausfällt. Ein Großteil der von öffentlichen Gläubigern gehaltenen Schulden Griechenlands sollte dementsprechend indexiert werden.

Griechische Handschrift bei der Programmgestaltung

Griechenland muss Verantwortung für seine eigene Zukunft übernehmen können. Das Programm muss eine griechische Handschrift tragen, es muss im Interesse der griechischen Bevölkerung und seiner Regierung sein. Gerade schwierige Reformprozesse gelingen dann am besten, wenn sie transparent sind und Betroffene systematisch einbeziehen.

Bisherige Vorschläge der griechischen Regierung für wichtige Strukturreformen zielen auf mehr Transparenz, weniger Bürokratie und effizientere Verwaltungen. Die Unabhängigkeit der Steuerverwaltung soll gestärkt, Steuerprivilegien abgeschafft und Steuerflucht sowie Korruption bekämpft werden. Zudem setzt die griechische Regierung auf den geplanten EU-Investitionsfonds der Europäischen Investitionsbank, um private Investitionen anzukurbeln. Auch die kritische Haltung der griechischen Regierung in punkto Privatisierung hat ihre Berechtigung. Privatisierungen, die langfristig wirtschaftlich schädlich sind, ergeben keinen Sinn. Es war eine richtige Entscheidung des griechischen Verfassungsgerichts, die Privatisierung der Wasserversorgung zu stoppen. Insgesamt halten wir dies angesichts der jahrzehntelangen Misswirtschaft für richtige Prioritäten.

Aber auch die Bewältigung der sozialen Krise ist aus unserer Sicht dringend erforderlich. Die soziale Situation in Griechenland bleibt dramatisch. Die Arbeitslosigkeit steht bei 26 Prozent, die medizinische Grundversorgung ist nicht gesichert, Suppenküchen stehen für viele auf der Tagesordnung. Die angekündigten Schritte in der Reformliste der griechischen Regierung für eine landesweite soziale Grundsicherung, die Stabilisierung der kleinen Renten an der Armutsgrenze, die Überprüfung einer Rückkehr zu kollektiven Tarifverhandlungen mit betrieblicher Flexibilität oder die Ausgabe von Essensmarken als kurzfristig umsetzbare Maßnahme für in Armut lebende Menschen sind daher wichtige Bausteine für mehr Gerechtigkeit.

Vor der sozialen Krise im Herzen Europas die Augen zu verschließen, ist europäisch verantwortungslos. Massenarbeitslosigkeit, soziale Verwerfungen und Perspektivlosigkeit für große Teile der griechischen Bevölkerung dürfen nicht einfach hingenommen werden. Deshalb muss die EU Griechenland unterstützen, die soziale Krise abzumildern.

Die Lasten der Haushaltskonsolidierung wurden bei den Ausgabenkürzungen unverhältnismäßig auf die Gruppen ohne starke Lobby und bei der Erwirtschaftung der Einnahmen auf die Mittelschicht, den Mittelstand und den privaten Sektor Griechenlands abgeschoben. Große Vermögen und große Einkommen müssen an der Finanzierung des Gemeinwesens im erforderlichen Umfang beteiligt werden. Steuerprivilegien müssen abgeschafft werden. Konkrete technische Unterstützung ist notwendig, um den griechischen Steuerbehörden bei der Untersuchung von Steuerdelikten und die Analyse von illegalen Kapitaltransfers zu ermöglichen.

Griechenland braucht Luft zum Atmen: Zukunftsinvestitionen fördern

Der öffentliche Sektor muss so umgebaut werden, dass er bürgernah und leistungsfähig wird und die Korruption entschlossen bekämpft und ein vertrauenswürdiges Justizsystem aufgebaut wird. Das Land braucht effiziente bürokratische Verfahren (bspw. bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, Beantragung von Konzessionen, Lizenzen etc.). Insbesondere die Steuerverwaltung und die Wettbewerbsbehörde benötigen die erforderliche Unabhängigkeit und Ausstattung, um ihrer Aufgabe unparteiisch und effektiv nachzukommen. Gleichzeitig muss die Korruption gerade bei der Steuerprüfung, die vielen kleinen und mittleren Unternehmen schlimm zusetzt, bekämpft werden.

Der Zugang zum Gesundheitssystem darf nicht mehr nur im Notfall einkommensunabhängig gewährleistet sein, sondern sollte auf die Primärversorgung ausgeweitet werden.

Griechenland braucht Investitionen in die Zukunft, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen. Flankiert von europäischer Finanzierung muss Griechenland öffentliche Investitionen für den Erhalt und den Aufbau von Schlüsselinfrastrukturen voranbringen. Griechenland hat enormes Investitionspotenzial, beispielsweise im Ausbau Erneuerbarer Energien, bei der Energieeffizienz, in der nachhaltigen Landwirtschaft und im Öko-Tourismus. Die Stärkung dieser Wirtschaftsbereiche hat außerdem die ebenfalls notwendige Reduktion des Außenhandelsdefizits zur Folge.

Zudem sollten gezielt kleine und mittelständige Unternehmen gefördert werden. Dazu gehört auch die Stärkung des Wettbewerbs im Einzelhandel. Die von der Bundesregierung und der griechischen Regierung ins Leben gerufene Initiative „Invest in Greece“ ist dabei ein positives Symbol, aber noch viel zu klein, um viel auszurichten.

Das Bankensystem Griechenlands steht nach wie vor auf wackligen Beinen, solange die Unsicherheit über die weitere Zukunft Griechenlands einen Abfluss an Einlagen auslöst. Die Kreditvergabe bleibt schwach. Auch wenn der Hauptgrund für die mangelnde Investitionstätigkeit in der schwachen Gesamtnachfrage zu verorten ist, so ist doch eine Stabilisierung des Bankensektors eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Dazu gehört ein tragfähiges Konzept zum Privatinsolvenzrecht, um die Entschuldung voranzubringen.

Demokratische Kontrolle der Kontrolleure

Im Krisenmodus waren der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Europäische Zentralbank (EZB) neben der Europäischen Kommission wichtige Partner, die über die technische Expertise verfügten, in kurzer Zeit komplexe Programme auf den Weg zu bringen. Doch beide Institutionen sollten sich mittelfristig aus der Krisendiplomatie zurückziehen. Insbesondere die EZB spielt eine schwierige Dreifachrolle – als unabhängige Zentralbank, als wirtschaftspolitische Beraterin und als Gläubigerin. Der immanente Interessenkonflikt ist in Griechenland insbesondere seit Anfang 2015 offen zutage getreten und muss beendet werden. Mittelfristig muss ein Europäischer Währungsfonds unter Kontrolle des EU-Parlaments für die Reformprogramme zuständig sein. Allerdings muss auch bis zur Schaffung eines solchen Fonds die demokratische Kontrolle der Tätigkeit der Institutionen (früher: Troika) deutlich gestärkt werden. Vor allem die EU-Kommission sollte sich stärker als bisher gegenüber dem EU-Parlament verantworten müssen. Ihre Arbeit und Entscheidungen innerhalb der drei Institutionen (Troika) muss stärker diskutiert und kontrolliert werden. Es gilt daneben weiterhin: Finanzielle Unterstützung kann es nicht ohne Kontrollen geben.

Damit die gemeinsame Währung in Zukunft stabil bleibt, braucht es entschiedene Schritte zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion mit mehr gemeinsamen Kompetenzen. Die stärkere Koordinierung in der Eurogruppe, der reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt und das Europäische Semester sind erste Schritte, reichen aber noch nicht aus. Die Institutionen der gemeinsamen Währung müssen gestärkt und stärker unter die demokratische Kontrolle des Europaparlaments gestellt werden.